

Ulrich Brand
Universität Kassel

Paradoxien sozialistischer Parteipolitik in Zeiten neoliberaler Globalisierung

Beitrag zum internationalen Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
19. und 20. Juni 2003 in Berlin

Die Transformation von Staat und Staatensystem.....	2
Parteien, Macht und Hegemonie	6
Einige Überlegungen für die weitere Diskussion.....	8
Zur Person	8

Parteien und soziale Bewegungen

Textreihe des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin, (+49-30) 44 310 160, politikanalyse@rosalux.de

rls

Das Ziel meines Beitrages besteht darin, das Wahrnehmungs- und Diskussionsfeld des Workshopthemas etwas zu öffnen. Denn mir fiel bei der Lektüre jüngerer Texte, die im Umfeld der RLS und PDS entstanden, auf, dass es stark um die Partei, ihre inhaltliche, strategische und organisatorische Ausrichtung geht. Kaum thematisiert wird jedoch, was bei der Analyse und Ausrichtung von Parteien – gemeinhin als „Transmissionsriemen“ zwischen Gesellschaft und Staat betrachtet – wichtig sein sollte: Die Transformation des Staates und des Staatensystems.

Dazu möchte ich im ersten Teil ein paar Bemerkungen machen. Anschließend möchte ich mit ein paar knappen Bemerkungen ein Parteienverständnis erweitern, dass jene als „kollektiven machtpolitischen Akteur“ (so die Einladung) versteht. Es folgen einige Konsequenzen, die eher als Diskussionsanstöße zu verstehen sind.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Es geht mir nicht darum, staatliche Politik als unwichtig zu erachten. Aufgrund historischer Erfahrungen habe ich jedoch Zweifel, ob der Staat der zentrale Hebel emanzipativer Politik ist – und diese Zweifel sind angesichts der gegenwärtigen Transformation des Staates größer denn je.

Eine weitere Vorbemerkung: So wichtig die Frage ist, wie die PDS überleben kann. Meine Perspektive ist umgekehrt: Welche Rolle könnte eine Partei wie die PDS im Rahmen emanzipativer und grundlegender Gesellschaftsveränderungen spielen? Dazu die folgenden Bemerkungen, die alles andere als erschöpfend sind, sondern eher ein Feld aufreißen sollen.

Schließlich: Das Adjektiv „sozialistisch“ ist so ungenau wie synonym für emanzipative, radikale gesellschaftliche Veränderungen.

Die Transformation von Staat und Staatensystem

Die Veränderungen der gegenwärtigen Gesellschaften seit den 80er Jahren sind vielfach untersucht worden. Konsens sind innerhalb sozialwissenschaftlicher Analysen drei Diagnosen: Erstens werden die lokale, regionale und internationale Ebene politisch und sozioökonomisch wichtiger, was mit dem partiellen Souveränitäts- und Steuerungsverlust nationalstaatlicher Politik einhergeht. Der Begriff der *Governance* zeigt zweitens an, dass sich politische Steuerungs- und Entscheidungsprozesse verändern und andere Akteure (wie NGOs oder Unternehmen) direkt über die fordistischen korporatistischen Verbände hinaus an politischen Prozessen teilnehmen. Und schließlich werden Probleme, die in den fordistischen Kompromissen nicht zentral waren, wie sozial-ökologische oder geschlechterpolitische Fragen, politisiert.

Damit hören die Gemeinsamkeiten zwischen theoretischem Mainstream und kritischen Ansätzen jedoch auf. Zunächst sind aus historisch-materialistischer Sicht für das Verständnis der aktuellen Entwicklungen zwei Begriffe zentral, nämlich einerseits jener der Hegemonie und andererseits der des Staates als Strukturmerkmal kapitalistischer Reproduktion und als institutionelle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Zudem ist das Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz wichtig. Anschließend geht es um die aktuelle Transformation von Hegemonie, Staat und Zivilgesellschaft sowie um die Bedeutung internationaler Politik.

Mit dem Begriff der *Hegemonie*, der wesentlich die Aspekte „politische Führung“ und „Konsens“ umfasst, nahm Antonio Gramsci eine entscheidende Erweiterung in der historisch-materialistischen Theorietradition vor. Hegemonie wird verstanden als Fähigkeit der herrschenden Gruppen und Klassen, ihre Interessen dahingehend durchzusetzen, dass sie von den subalternen Gruppen und Klassen als Allgemeininteresse angesehen werden und dass es weit

gehend geteilte gesellschaftliche Vorstellungen über die Verhältnisse und ihre Entwicklung gibt.¹

Insofern erzeugt Hegemonie einen „aktiven Konsens der Regierten“. Damit ist nicht nur die ausdrückliche Zustimmung zu bestimmten Verhältnissen und Praktiken gemeint, sondern eine umfassende materielle Praxis, „nämlich die täglichen Initiativen vieler einzelner und sozialer Gruppen, in denen sie in der Form einer aktiven Selbsterwerfung unter die gemeinsam geteilten Gewohnheiten großer Kollektive die Zustimmung zu Herrschaft erkennen lassen.“ (so Alex Demirovic) Konsens ist weder eine passive Angelegenheit noch ein harmonischer Interessenausgleich. Der Begriff ist vielmehr zu verstehen vor dem Hintergrund sozialer Kämpfe und sich im politischen Prozess artikulierender (und teilweise erst bildender) Interessen. Die relative Stilllegung oder Institutionalisierung von Kämpfen erfolgt über soziale (asymmetrische) Kompromisse, in denen sich die relevanten und artikulierten Interessen berücksichtigt sehen. Der gesellschaftliche „Ort“ der Kämpfe um Hegemonie ist nach Gramsci die Zivilgesellschaft. Die Verbindung zwischen Staat im engeren Sinne mit seinen verschiedenen Apparaten und der *società civile*, des privat organisierten Hegemonieapparates, fasst Gramsci mit dem Begriff des erweiterten oder integralen Staates. Hegemonie wird also nicht nur über den Staat, sondern gesamtgesellschaftlich hergestellt. Soziale Auseinandersetzungen fokussieren nicht nur auf den Staatsapparat, sondern auf die Kräfteverhältnisse im erweiterten Staat und im Bereich privatkapitalistischer Produktion. Dies haben neogramscianische Ansätze der „Internationalen Politischen Ökonomie“ auch für die internationale Ebene herausgearbeitet (Robert Cox; in Deutschland: Christoph Scherrer, Leo Bieling und Deppe).

Eine weitere Differenz zum gesellschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Mainstream besteht darin, den *Staat* nicht als von Wirtschaft und Gesellschaft unabhängigen und potenziell neutralen Akteur zu verstehen, sondern als strukturell *kapitalistischen* Staat. Eine grundlegende Funktion des Staates ist demnach die Sicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals und der allgemeinen Reproduktionsbedingungen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften, was durch ökonomische Tätigkeiten, Gesetze und das Gewaltmonopol geschieht. Kanzlerdeutsch gesprochen: „Die Wirtschaft muss laufen.“ Umkämpft ist durchaus, *wie* Kapitalakkumulation als sozialer Prozess in historisch unterschiedlichen Phasen gewährleistet wird. Im Fordismus waren Binnenmarkt, Sozialstaat und ein starker öffentlich-staatlicher Wirtschaftssektor Ergebnisse von Auseinandersetzungen und stellten sich als funktional für die dynamische Entwicklung des Kapitalismus heraus. Dabei ist der kapitalistische Staat nicht einfach das Instrument der herrschenden Klasse(n), sondern selbst ein Terrain von Auseinandersetzungen sowie die *materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse* (Nicos Poulantzas). Da die verschiedenen Kräfte und Gruppen teilweise antagonistische Interessen haben, sind staatliche Politiken – außer in diktatorischen Ausnahmesituationen – immer ungleiche Kompromisse. (Damit ist eine entscheidende Differenz zu sozialdemokratischen Ansätzen benannt, die von der grundlegenden Versöhnbarkeit gesellschaftlicher Interessen ausgehen.) Staatliche Apparate und Politiken haben zwar eine „relative Autonomie“ gegenüber den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, aber sie sind nicht losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Das bedeutet: Was sich als gesellschaftliches „Allgemeininteresse“ und „Gemeinwohl“ konstituiert, ist immer Produkt und Gegenstand sozialer Kämpfe. Auch internationale politische Institutionen wie WTO, IWF oder Weltbank sollten als materielle Verdichtung (welt-) gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verstanden werden, nämlich von Natio-

¹ Historisch-spezifisch formen sich nicht nur Klasseninteressen verschieden aus, sondern es gibt auch unterschiedliche, darüber hinausgehende artikulierten Interessen: demokratische, geschlechtsspezifische, „ethnische“, friedenspolitische oder sozial-ökologische Interessen. Vielfältige und widersprüchliche Strategien sowie umfassendere soziale Praktiken treffen in verschiedensten Auseinandersetzungen aufeinander und verdichten sich zu gesellschaftlichen Kompromissen, zu einem verallgemeinerten Konsens. Gesellschaftliche Hegemonie umfasst also nicht nur Klassen, sondern auch andere politische Kräfte; entsprechend finden Kämpfe um Hegemonie immer in Bündnissen statt.

nalstaaten und supranationalen Zusammenschlüssen (wie die EU) einerseits und von international agierenden Klassen und Gruppen andererseits.

Schließlich sollte ein grundlegender Sachverhalt nicht vergessen werden, den man als *Kooperations-Konkurrenz-Verhältnis* bezeichnen könnte. Internationale Politik ist eingebettet in ökonomische und politische Konkurrenzverhältnisse, die ebenfalls ein Strukturmerkmal des globalen Kapitalismus darstellen. Denn die Dynamik der Akkumulation besteht insbesondere darin, dass das Kapital in verschiedenen Räumen sehr unterschiedliche Verwertungsbedingungen vorfindet und diese Räume sich in einem strukturellen Konkurrenzverhältnis zueinander befinden. Dies ist kein Argument für die Unmöglichkeit von Kooperation, wohl aber dafür, Kooperation immer in einem weiteren Kontext zu sehen. Weiter unten wird deutlich werden, dass ein wichtiger Teil internationaler Politik heute weniger in der effektiven Bearbeitung von Problemen besteht, sondern in der machtvoll-kooperativen Bereitstellung eines rechtlichen Rahmens für internationale Akkumulation und Konkurrenz.

Vor dem Hintergrund dieser (und anderer) grundlegenden Überlegungen haben kritisch-theoretische Analysen in den letzten Jahren verschiedene Aspekte der Transformationsprozesse herausgearbeitet. Die heutigen neoliberalen staatlichen Politiken basieren auf *gesellschaftlichen* Kräftekonstellationen, insbesondere einer im Vergleich zum Fordismus tief greifenden Veränderung des Verhältnisses verschiedener Kapitalfraktionen zueinander sowie des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, aber auch einer Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse. Neoliberale Politiken wurden von gesellschaftlichen Akteuren (Kapitalgruppen, Unternehmensverbänden, Medien, Denkfabriken, Wissenschaft etc.) in langjährigen Auseinandersetzungen ideologisch und institutionell gestärkt und dann zu staatlichen Projekten. Dies gilt insbesondere für die metropolitären Länder, wobei die USA und Großbritannien unter Reagan und Thatcher Vorreiter der staatlichen Durchsetzung waren. In peripheren Ländern wurden Kräfteverhältnisse mitunter blutig durch Militärdiktaturen verändert und dadurch neoliberale Politiken ermöglicht.

Die westliche Linke kam m.E. vor allem deshalb in den 80er Jahren in die Defensive, weil die herrschenden Klassen die bestehenden Kompromisse aufkündigten und die dominante linke Haltung die Verteidigung der alten Kompromisse war (und teilweise bis heute ist). Zudem zeigt ja die lange andauernde Durchsetzung des Neoliberalismus, dass es nicht nur um Ideen geht, sondern um deren Durchsetzung zur „historisch organischen Ideologie“ (Gramsci) in spezifischen historischen Situationen – in den 70er Jahren eben der Krise des Fordismus. Die Produktion von Ideologie ist auch eine institutionell-materielle Angelegenheit.

Die – natürlich immer nur vorläufigen, aber doch machtvoll institutionalisierten – Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen lassen sich kurz zusammenfassen. Der Staat ist heute ein „nationaler Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch). Was sich in den 90er Jahren verändert hat, sind die überragenden Kriterien politischen Handelns: Konkurrenzfähigkeit, Effizienz sowie, damit verbunden, eine jegliche Alternativen desavouierende Realpolitik. Dem durch die Deregulierungen der 70er Jahre flexibler gewordenen Kapital sollen „gute Standortbedingungen“ geschaffen werden. Diese Kriterien des Handelns werden in alle gesellschaftlichen Bereiche „interiorisiert“ (Bob Jessop). Die politisch ermöglichte Internationalisierung wichtiger gesellschaftlicher Prozesse wirkt damit als „Sachzwang“ zurück, der wiederum in seiner konkreten Bedeutung umkämpft ist. Dies impliziert nicht notwendigerweise die Abschaffung des Sozialstaates; dessen Transformation bleibt Gegenstand sozialer Auseinandersetzungen. Insbesondere die Privatisierungen vormals öffentlicher Aufgaben schränken politisch-staatliche Spielräume und Steuerungsmöglichkeiten ein. Ein weiteres Merkmal ist die zunehmende Bedeutung von Prozessen wie Drogenhandel, organisierte Kriminalität und Geheimdienste, die durch Deregulierung und Privatisierung ermöglicht werden.

In der internationalen Politik haben die USA durch die neoliberale Globalisierung ihre Dominanzposition des Fordismus, die in der Krise der 70er Jahre verloren ging, wiedergewonnen. Zudem herrscht ein „globaler Konstitutionalismus“ (Stephen Gill), demzufolge die zentrale Orientierung internationaler Politik in der Sicherung des Privateigentums besteht. Liberale Verfassungsvorstellungen sollen international gelten, was sich in Institutionen wie der WTO und dem dort angesiedelten TRIPS-Abkommen oder den Vorschlägen zu einem MAI zeigt. Allgemein geht es um die politisch-institutionelle Absicherung kapitalistischer Konkurrenz- und Akkumulationsprozesse.

Zwar bleibt der Nationalstaat weiterhin das zentrale Terrain sozialer Auseinandersetzungen und damit von Hegemoniebildungsprozessen. Gleichzeitig verschieben sich aber die Ebenen, Hegemonie wird „multiskalar“ hergestellt. Die transnationale Managementklasse und das international agierende Kapital nehmen eine zentrale Funktion im Prozess der Hegemoniebildung ein.

Ein zentraler Bestandteil des neoliberalen Projektes ist die „Privatisierung der Politik“. Sie führt dazu, dass vormals öffentlich-staatlich organisierte Felder Marktakteuren mit ihren privatwirtschaftlichen Gewinninteressen überlassen werden. Vormals öffentliche Angelegenheiten werden daher entpolitisiert und sind damit weniger Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Dies wird dadurch verschärft, dass die gesellschaftlichen „Transformationskerne“, in denen wichtige Entwicklungen vorentschieden werden (wie etwa in der Technobienentwicklung) immer weniger öffentlich sind, sondern insbesondere von privaten Unternehmen vorangetrieben werden. Dies hat Auswirkungen darauf, was überhaupt als öffentlich gestaltbar und in öffentlicher Auseinandersetzung als „verhandelbar“ gilt.

Das neoliberale Projekt wurde ganz wesentlich innerhalb der Zivilgesellschaft selbst durchgesetzt. Hier wurden neoliberale Kräfte aktiv, ganz zu schweigen von rechtsextremen und organisiert-kriminellen Kräften. Auch die Zivilgesellschaft ist also von Machtbeziehungen (wenngleich mit anderen Modalitäten als im Staat im engeren Sinne mit seinem Monopol legitimer Gewaltsamkeit), von Konflikten und Widersprüchen durchzogen und keineswegs einheitlich. Es bilden sich jedoch nicht nur eigenständige, gleichwohl vom Staat gestützte Machtbeziehungen heraus, sondern es bestehen auch vielfältige Bezüge zum Staat und seinen Apparaten. Angemessen wäre heute m.E. von einer „neoliberalen Zivilgesellschaft“ zu sprechen, um zu identifizieren, welche Kräfte und Strategien in der Herausbildung des Postfordismus hegemonial werden. Neuere Arbeiten schließen an Michel Foucaults Begriff der *gouvernementalité* an und versuchen aufzuzeigen, wie sich Macht- und Herrschaftsverhältnisse unter neoliberalen Bedingungen verändern. Mit diesem Begriff gerät in den Blick, dass hegemoniale Verhältnisse von Subjekten bestätigt werden müssen. Und in der Tat sind die neoliberalen Diskurse weit in den Alltagsverstand eingegangen und Teil von „Selbsttechnologien“ (Foucault). Michael Hardt und Toni Negri nennen das den Übergang von der „Kontroll- zur Disziplinargesellschaft“, in der die Selbstdisziplinierung einen wichtigeren Anteil gewinnt. Neoliberale *Gouvernementalité* stellt Begriffe wie Selbstbestimmung, Wahlfreiheit und Verantwortung ins Zentrum, die ja gerade von emanzipativen Bewegungen immer wieder eingefordert wurden. Der Anspruch auf die Verwirklichung einer „autonomen Subjektivität“ artikuliert sich mit der neoliberalen Ausrichtung des eigenen Lebens an ökonomischen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen. Das volks- und betriebswirtschaftliche Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit wird also auf die Individuen verlängert. Hier liegt eine der zentralen Stabilitätsreserven des neoliberalen Kapitalismus. Der Erfolg der gegenwärtigen Verhältnisse liegt gerade in der Entsolidarisierung der Menschen und Kollektive, in Zynismus, Apathie und Nicht-Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen.

Schließlich sollte nicht vergessen werden, dass auch eine postfordistische Politik auf Zwangs- und Gewaltverhältnissen beruht. Gerade dort, wo sich grundsätzliche Kritik an bestehenden Verhältnissen deutlich zu artikulieren vermag oder sich dominante Interessen nicht durchset-

zen können, wird mitunter auf offene Gewalt zurückgegriffen. Zudem bestehen weiterhin Prozesse „ursprünglicher Akkumulation“ in Form von Raub, Enteignung und offener Gewalt (bspw. mittels der Patentierung „traditionellen“ Wissens). Insbesondere das Nord-Süd-Verhältnis, also jenes zwischen Triade oder „OECD-Welt“ und dem „Rest“, ist ein neo-imperiales. Die Neue Weltordnung ist eben keine glückende Kooperation, sondern auch und zunehmend eine Ordnung militärischer Gewalt. Die Anschläge vom 11. September 2001 und die nachfolgenden Reaktionen rücken diesen Aspekt neoliberaler Globalisierung wieder ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Thematisierung von offener und struktureller Gewalt wie auch die scharfe Kritik an der gegenwärtigen Aufrüstung der inneren Sicherheit (mit der eine immer stärkere Untergrabung der eigenen Handlungsmöglichkeiten einhergeht) erfolgt dementsprechend und zunehmend prioritär.

Eine Paradoxie besteht m.E. darin, dass die neoliberale Gesellschaftstransformation die Begrenztheit staatlicher Politik bzw. deren Selbstbegrenzung aufzeigt. Sie bringt linke staatsorientierte Strategien, die weiterhin notwendig sind, in eine Defensivposition. Die Logik des Parteienwettbewerbs, das Zusammengehen der Parteiprogramme bis zur Unverwechselbarkeit (Poulantzas nannte das in den 70er Jahren die „herrschende Massenpartei“) lässt wenig Raum für Ansätze radikaler Gesellschaftsveränderung. Ein Problem liegt heute m.E. darin, dass die PDS das zwar versucht, aber eher neo-fordistisch ist, also stark auf die westliche Nachkriegstradition rekurriert, die heute nicht nur unterlaufen wird, sondern durch die Prozesse der Internationalisierung auch teilweise unmöglich. Emanzipative (Partei-)Politik muss in komplizierten Such-, Lern-, Erfahrungs- und Organisationsneu erfunden werden.

Für die internationale Ebene muss konstatiert werden, dass Parteien hier bislang kaum eine Rolle spielen. Schon auf europäischer Ebene zeigt sich ja, wie schwierig das ist. NGOs und soziale Bewegungen agieren gerade hier in eine Art „Repräsentationsvakuum“ hinein.

Parteien, Macht und Hegemonie

Ich komme zu meinem zweiten Teil, in dem ich die verändernden Formen von Hegemonie knapp skizziere. Ein herrschaftstheoretisches Verständnis, das nicht von einem dichotomischen gesellschaftlichen „Oben“ und „Unten“ bzw. „Bösen“ und „Guten“ ausgeht, kann fruchtbar an den Hegemoniebegriff in der Tradition Gramscis anschließen. Dies hat mindestens vier Implikationen. Die Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung als gesellschaftliches Projekt impliziert zum einen, dass Alternativen dazu sich nicht nur auf staatliche Politiken fokussieren können. Es geht um die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Eine zu eng angelegte Reformperspektive droht – strategisch oder aus Überzeugung – dem Glauben aufzusitzen, die aufgeklärten Eliten mit entsprechendem „Druck von unten“ von einem notwendigen Politikwechsel überzeugen zu können. Eine Gefahr besteht zudem darin, kurzfristige mediale Erfolge mit der nachhaltigen Veränderung materieller Kräfteverhältnisse und herrschender Entwicklungen zu verwechseln. Um die neoliberale Hegemonie zu brechen, bedarf es jedoch umfassender gesellschaftlicher Lern- und Erfahrungsprozesse. Dies kann nicht durch mediale Aufmerksamkeit und die Schaffung anerkannter SprecherInnen kompensiert werden. Denn zweifellos besteht die Gefahr, Teil der „Politik in der Manege“ (Wolf Dieter Narr/Roland Roth) zu werden. Emanzipative Politik „geht“ nicht schnell – wengleich Sprünge vor allem auf der symbolischen Ebene und jener der positiveren Selbsteinschätzung unverzichtbar sind (deswegen sind Genua und Seattle wichtig) –, sondern ist kompliziert und muss an alltägliche Praktiken in Uni, Betrieb, Stadtteil, politischen Organisationen oder persönlichen Beziehungen rückgebunden werden. Sonst wird nämlich unterschätzt, dass der Neoliberalismus gerade auf der kulturellen Ebene überaus erfolgreich war. Die Verschiebung gesellschaftlicher Strukturen und Kräfteverhältnisse findet nicht nur in öffentlichen Debatten statt. Gerade in Zeiten, in denen immer weniger öffentlich zur Diskussion steht und insbeson-

dere die technologisch-ökonomischen Transformationskerne kaum zugänglich sind, wird eine solch verengte Perspektive problematisch.

Ein kritisch-hegemonietheoretisches Verständnis von Zivilgesellschaft impliziert zweitens, dass alternative Strategien oder gar gegenhegemoniale Projekte zwar innerhalb der Zivilgesellschaft entstehen können, aber nie durch die Zivilgesellschaft als Ganzes, da diese selbst von Spaltungen durchzogen ist und gerade hier die dominanten Klassen und Kräfte agieren. Außerdem bleibt der Bereich privater Produktion ein wesentliches Terrain sozialer Auseinandersetzungen. In Frage gestellt werden müsste also die neoliberale Gouvernementalität, die offenbar für viele Menschen eine hohe Plausibilität hat. Dies geschieht, jenseits der Aufmerksamkeit schaffenden symbolischen Konfrontationen mit Staat, internationalen Institutionen oder Kapital, in vielfältigen Ansätzen politisch-sozialisierender Basisarbeit.

Von Hegemonie kann drittens gesprochen werden, wenn es den herrschenden Kräften gelingt, die diskursiven und institutionellen Terrains der Auseinandersetzungen und Kompromissbildungen vorzugeben. Chesnais u.a. Intellektuelle um Attac-Frankreich heben diesen Aspekt hervor, wenn es um die Notwendigkeit theoretischer Klärungen geht. Auf der diskursiven Ebene haben die Bewegungen einige Erfolge zu verzeichnen, insbesondere – auch wenn man sich über gesamtgesellschaftliche Wirkungen keine Illusionen machen sollte – über die zunehmende Infragestellung des neoliberalen Alltagsverständes. Hier ist die Frage, inwieweit bestimmte „Diskurs-Settings“ akzeptiert werden, in denen Anerkennungs- und Unterordnungsverhältnisse reproduziert werden, etwa in Form des Lobbyismus. Die herrschaftsförmige Form der Politik wird dabei kaum mehr in Frage gestellt. Auf der institutionellen Ebene sieht es schwieriger aus. Wie die Auseinandersetzungen um das MAI, die WTO, IWF/Weltbank u.a. zeigen, werden gerade auf internationaler Ebene die sich herausbildenden Formen von Politik zunehmend in Frage gestellt, und zwar nicht nur von der internationalen Protestbewegung, sondern auch von einigen Regierungen. Die Streits zwischen den USA und der EU um das MAI wie auch die wachsende Kritik der Entwicklungsländer zeigen, dass die grundlegende Richtung keineswegs klar ist. Dies negiert nicht die Dominanz der internationalen Institutionen und die übergreifende Bedeutung eines „globalen Konstitutionalismus“, zeigt aber deren Brüchigkeit. Auch Stephen Gill weist darauf hin, dass den neoliberalen politischen und ökonomischen Formen ihre Legitimation fehlt und deshalb schwerlich von einer hegemonialen Konstellation gesprochen werden kann.

Die Frage internationaler Hegemonie führt zu einem vierten Aspekt, der Joachim Hirsch dazu veranlasste, von einer „nicht-hegemonialen Situation“ zu sprechen. Wenn Hegemonie darin besteht, dass die herrschenden Kräfte politische Führung auszuüben in der Lage und zu materiellen Zugeständnissen an die beherrschten Kräfte bereit sind, dann haben Deregulierungen und Privatisierungen im Zuge der neoliberalen Globalisierung dazu geführt, dass die dominanten Staaten Hegemonie immer weniger ausüben können – ihnen fehlen, überspitzt formuliert, zunehmend die Mittel dazu. Das Projekt eines globalen Keynesianismus wird hier historisch-konkret brüchig. Darüber hinaus besteht eine allgemeine Grenze globaler Umverteilung darin, dass das internationale kapitalistische Staatensystem eben nicht nur durch Kooperation, sondern ganz entscheidend durch ökonomische und politische Konkurrenz geprägt ist. Auch diese Konstellation führt dazu, mit der Annahme eines globalen Keynesianismus und der Wiederkehr des Fordismus zu brechen.

Wenn diese Überlegungen stimmen, dann hat dies Folgen für strategische Überlegungen für linke emanzipative Parteipolitik. Die Fokussierung des Staates und bürgerlicher Medien droht angesichts der Transformation von Hegemonie leer zu laufen. Ich schlage daher vor, eine gesellschaftlicher Emanzipation verpflichteter parteipolitische Perspektive zu erweitern. Es geht eben nicht nur um einen Transmissionsriemen zu staatlicher Machtpolitik, was übrigens Peter Glotz für die SPD früh erkannte. Es geht immer auch – und aus emanzipativer Sicht mehr

denn je angesichts der Erfahrungen mit staatlichen Reformpolitiken - um die komplizierten Kämpfe um kulturelle Hegemonie.

Die Paradoxie besteht also darin, dass sich Parteien in ihrer Selbstwahrnehmung „entmächtigen“ müssen: Sie sind nicht die zentrale Vermittlungsinstanz ins Zentrum der Macht, nämlich des Staates. Vielmehr sind sie Teil der komplizierten Kämpfe um Hegemonie, wobei der Staat und seine „Erweiterung“ (Zivilgesellschaft im gramscianischen Sinn) eine wichtige Rolle spielen.

Einige Überlegungen für die weitere Diskussion

1. Eine sozialistische, d.h. für freiere und gerechtere Verhältnisse eintretende Partei sollte nicht auf Mehrheiten schießen. Die bekommt sie unter den gegebenen Bedingungen ohnehin nicht und droht, programmatisch zu schwammig zu werden. Die Mehrheitsgesellschaft ist rassistisch und wohlstandschauvinistisch. Es geht darum, die damit verbundenen, in der Bevölkerung tief verankerten Orientierungen aufzubrechen.
2. Wenn es weniger um eine staatlich-machtpolitische, sondern um eine hegemoniepolitische Orientierung geht, dann wird die Frage wichtig, auf welcher Ebene die allgemeine bürgerliche wie auch die neoliberale Hegemonie unterlaufen werden kann. M.E. ist hier der explizite oder implizite Rückgriff auf den Fordismus in vielen Bereichen eher schädlich. Dies zeigte sich im letzten Wahlkampf etwas an der sehr positiven Besetzung von Lohnarbeit durch die PDS, die in der undogmatischen und radikalen Linken in Westdeutschland überhaupt nicht ankam. Im Gegenteil.
3. Eine kritisch-emanzipative Partei muss sich zu emanzipativen sozialen Bewegungen ins Verhältnis setzen (ohne ihre eigenen „Logiken“ zu negieren). M.E. sollte eine Perspektive sein, Teil einer Art Bewegungsinfrastruktur zu sein.
4. Eine große Gefahr besteht darin, jenseits aller wohlmeinenden Äußerungen doch wieder ein instrumentelles Verhältnis zu sozialen Bewegungen zu haben (vgl. die Grünen).
5. Es bedarf der Orte der Selbstreflexion und Selbstkritik, die für Strategiebildung wichtig sind. Nur damit kann die realpolitische Falle und machtpolitische Illusion vermieden werden.
6. Es muss davon Abschied genommen werden, über Strategien soziale Prozesse und insbesondere jene radikaler gesellschaftlicher Veränderung kontrollieren zu wollen oder gar Masterpläne zum Umbau der Gesellschaft entwickeln zu können. Es bedarf natürlich der Strategien, aber es bedarf auch einer Offenheit für Brüche, unvorhergesehene Entwicklungen (Genua, 11. September).

Zur Person

Zur Person: Ulrich Brand, Dr. phil., arbeitet am Fachgebiet Globalisierung und Politik der Universität Kassel; Schwerpunkte Staats- und Regulationstheorie, internationale Umweltpolitik, NGOs und soziale Bewegungen, schreibt derzeit eine Habilitation mit dem Arbeitstitel "Kritische Theorie internationaler Politik". Aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und im wiss. Beirat von Attac Deutschland.